

Wahlkampf in Schilda

Gedanken zu den Topthemen unserer Gemeinde

Die Finanzen

Bei Durchsicht der einzelnen Positionen im Haushalt fällt der gravierende Unterschied bei der Gewerbesteuer zwischen dem Ist in 2006 und der Planung für 2007 auf. Bei glückreichen 110 Mio. € im Jahr 2006 mit weniger als der Hälfte, 50 Mio. €, für 2007 zu planen, kann entweder als vorsichtige Betrachtungsweise gelten, oder aber als niedriger Ansatz, um sich dann anschließend selbst auf die Schulter zu klopfen. Der Durchschnitt der letzten Jahre zeigt einen Wert von ca. 65 Mio. €. Bei einem derartigen Ausgangswert beträgt der Anteil der Gewerbesteuer am Gesamthaushalt der Gemeinde von durchschnittlich 80 Mio. € mehr als 80 %.

Wir wissen, wie unsicher das Gewerbesteueraufkommen einzuschätzen ist, beruht es doch zum Großteil auf Finanzdienstleistern, die jederzeit Grünwald verlassen können. Gewiepte Berater im Steuerrecht suchen europaweit nach besseren Alternativstandorten. Die gegenwärtige Finanzkrise auf dem Finanzsektor (entgegen der positiven Prognose der Gemeinde), zeigt, wie schnell sich die Lage verändern kann. Bei einem drastischen Rückgang der Gewerbesteuer würde nach der Bezahlung der annähernd 200 Beschäftigten der Gemeinde nicht mehr viel Geld für große Projekte sowie deren Unterhalt bleiben.

Die Politik der PBG ist eine Politik des finanziell Machbaren. Das zeigt unsere Haltung zum Thema Tunnelbau, Parkplätzen (Tiefgarage Hirtenweg) und Gymnasium, wo wir stets zu Vorsicht und an die Sinnhaftigkeit appelliert haben.

Der Tunnel

Während durch den Gemeinderat bis dato lediglich die Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben wurde, brüstet sich der BGM im Rathaus auf einem Riesenposter bereits mit dem Tunnelprojekt als quasi Faktum. Bei der möglichen Realisierung sind neben den eigentlichen Tunnel-Gestehungskosten viele Punkte bislang aber gar nicht angesprochen worden: Bringt der Tunnel wirklich eine Verkehrsentlastung von fast 70%? Verlagert sich der Stau nun in die Tunnelröhre unter Grünwald? Wie stellen sich die Nachbargemeinden zu dem Thema? Würde sich der Freistaat an den Kosten beteiligen? Wie wären die laufenden Kosten?

Welchen Einfluss hätte der Tunnelbau auf die regionale Straßenplanung? Welchen Einfluss hätte der Tunnel auf die Nord-Süd Achse des Verkehrs? Ist der Tunnel der bislang verheimlichte Teil einer geplanten Ersatz-Südmehringung? Von Oberhaching über Grünwald/Pullach zur Bundesautobahn Starnberg?

Wie lange würde der Bau dauern? Das ist nicht nur wichtig in Bezug auf die Kostenverteilung der kommenden Etat-Jahre, sondern besonders auf die Verkehrsbehinderungen durch die Arbeiten, den zusätzlichen enormen LKW-Verkehr der Baufirmen, den Schmutz- und die Abgasbelastung. Wie würde der Verkehr in der Bauphase umgeleitet? Wohin das Gestein?

Wie steht es um die Sicherheit? Diese von München aus zu erwarten, hieße im Fall des Falles, das bis zum Eintreffen der Hilfskräfte wohl nichts mehr zu retten wäre. Wohin würde die ungefilterte Abluft des Tunnels geleitet? Und: Es gibt bislang überhaupt keine Lösung für die Zusammenführung des Verkehrs aus dem Tunnel und von der Ortsmitte aus am Isarhochufer. Dort ist überhaupt kein Platz für zusätzliche Straßen und außerdem Naturschutzgebiet.

Nie angesprochen wurde bislang die Möglichkeit, einfach den Marktplatz kreuzungsfrei zu gestalten. Das würde kurzfristig wohl mehr Ärger geben, aber hätte natürlich nicht so etwas »Gigantisches« ... Sprüche aber gegen die Ersatzumgehung.

All diese Dinge werden die Parteifreien im Vorfeld klären und nicht erst bauen und danach schauen.... Kaufen Sie ein Fertighaus und suchen danach ein Grundstück? Dann wäre es besser, das Grünwalder »Sparschwein« in der Isar zu versenken, so würde man wenigstens Luftblasen sehen, anstelle von unsichtbarer »heißer Luft«!!

Die Sanierung der Robert-Koch-Straße

Die Arbeiten in der Robert-Koch-Straße (zum Teil zum großen Unmut der Anlieger) sind seit langem abgeschlossen. Die Rechnungen sind seitens der Gemeinde bis heute nicht gestellt. Hat es die Gemeinde nicht nötig? Oder wartet man bis nach den Kommunalwahlen? Das ist keine seriöse Finanzpolitik und so etwas wird es mit der PBG nicht geben.

Der Mobilfunk

Die Politik des BGM war das Versprechen, etwas zu machen, und dann bei erster Gelegenheit seine Machtlosigkeit kundzutun. Die Gemeinde wusste lange vor dem Bau des neuen Mastes am Forstweg Bescheid. Sie hat sogar den Standort mit vorgeschlagen. Die Bürger wurden nicht informiert und im Gemeinderat wurde die Thematik in nicht-öffentlicher Sitzung besprochen. Die Gemeinde ist nicht selbst aktiv, sondern hat nur durch die Aktionen des Vereins »Zukunft Grünwald« gezwungen, angefangen sich zu bewegen. Sogar der Termin beim Gemeindegang wurde durch den Verein realisiert, eine AG Mobilfunk, wie durch den Gemeindegang angeregt, gibt es bis heute nicht.

Die Messungen am Kindergarten und den Masten hätten ohne Druck seitens des Vereins nicht stattgefunden. Und nun brüstet sich der BGM mit seinen Leistungen zum Strahlenschutz am Kindergarten. Das ist Blasphemie. Das muss sich ändern. Auch wenn die Möglichkeiten der Gemeinden beim Mobilfunk limitiert sind, so können sie doch erfolgreich aktiv werden. Das aber geht nur in Zusammenarbeit mit informierten Bürgern. Hier sind die Interessen der Gemeinde zu wahren und nicht die Vorgaben der CSU-Staatsregierung.

Solche und ähnliche Themen wird die PBG mit der erforderlichen Offenheit gegenüber den Bürgern und der notwendigen Vehemenz gegenüber Behörden und Unternehmen angehen. Gemeinsam mit den Bürgern.

Das Gymnasium

80 % aller Grünwalder wünschen ein Gymnasium. Die Übertrittsquote ist mit mehr als 80 % Bundesspitze. Die CSU hat sich auf ein staatliches Gymnasium festgelegt und gegen alternative Planungen gestellt, wie z.B. die gemischte Trägerschaft Kommune/privater Betreiber. Wenn nach der Wahl die CSU im Kultusministerium das Gymnasium ablehnt, bekommen wir gar kein Gymnasium. Oder erst Jahre später!

Sitzt auch hier die Landes-CSU am Hebel und die Gemeindepolitik bleibt im Wahlkampf auf der Strecke? Die Auswirkungen G8 und häufige Unterrichtsausfälle an den staatlichen Gymnasien sind kein Ruhmesblatt, schon gar nicht für die Pisa-Studie.

Die PBG unterstützt eindeutig die Ziele des Teams Gymnasium Grünwald für eine gemischte Trägerschaft, die auch eine Vielzahl weiterer Optionen offen lässt. Das geforderte Alleinstellungsmerkmal für das neue Gymnasium könnte in dieser Form speziell auf die Wünsche der Eltern ausgerichtet werden hin zu einem besonderen Gymnasium, das sich deutlich von den vorhandenen unterscheidet.

Klaus Kahle, Christopher Graf von Spee